

Jan Böhmermann und Soros-NGOs greifen Frontex an



Die GEZ-Sender sind zum Netzwerk der linken Zivilgesellschaft verkommen: Der ~~ZDF-Komiker~~ politische Aktivist Jan Böhmermann hat in Zusammenarbeit mit „Open Society“-NGOs die EU-Grenzschutzagentur Frontex angegriffen und sie unter anderem dafür kritisiert, Dienstfahrzeuge und Dienstwaffen kaufen zu wollen.

17 Minuten seiner Sendung „ZDF Magazin Royale“ am Freitag verwendete Böhmermann, um die EU-Grenzschutzagentur Frontex anzugreifen und sie „illegaler Pushbacks“ und schwerwiegender Menschenrechtsverstöße zu beschuldigen. Dabei verließ er sich im wesentlichen auf die Recherche von Corporate Europe Observatory, einer NGO, die 2018 unter anderem mit 94.446 Euro von den Open Society Foundations (OSF) finanziert wurde.

Die Recherche entstand mit Hilfe von „Frag den Staat“ des No-Borders-Aktivisten Arne Semsrott, der auch mal bei seinem Bruder Nico Semsrott in der „Heute Show“ migrationsfreundliche Propaganda machen darf. Semsrotts Open Knowledge Foundation erhielt 2019 658.000 Euro von der Bundesregierung und 2020 259.000 Euro, wie eine kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Petr Bystron ergab.

Semsrott lancierte im Sommer 2019 zusammen mit Correctiv (erhielt 2020 unter anderem 45.879,98 Euro von Open Society Foundations, 96.000 Euro von der Bundeszentrale für politische Bildung), der NGO „Access Info Europe“ (2017:

55.000 US-Dollar von Open Society) und der BR-Journalistin Anna Tillack eine Fake-News-Kampagne, nach der die EU-Grenzschutzagentur Frontex für „Exzessive Gewalt, Schläge, Misshandlungen“ verantwortlich sei, jedoch ohne dafür Beweise liefern zu können. Frontex hat als EU-Agentur keine ausführende Funktion, sondern kann nur nationale Grenzschützer beraten und unterstützen.

Böhmermann recyclete diese längst widerlegten Anschuldigungen, zusammen mit Vorwürfen, Frontex würde sich mit „Waffenlobbyisten“ treffen, um Pistolen, Drohnen und Streifenwagen zu kaufen. Wie eine EU-Grenzschutzagentur ohne Dienstwaffen und Fahrzeuge arbeiten soll, erklärte er nicht.

Vermutlich gar nicht, denn Böhmermann kritisierte den EU-Grenzschutz gegen illegale Migration als „völkerrechtswidrige Pushbacks“. Der Grenzschutz der EU-Außengrenze ist fundamentaler Teil des Maastrichter und Schengener Vertrages.

Dabei operiert Frontex streng nach der EU-Menschenrechtscharta, wie Frontex-Sprecherin Ewa Moncure sagte: „Frontex bestreitet jegliche Beteiligung ihrer Beamten an Menschenrechtsverletzungen. Frontex verurteilt jede Form unmenschlicher Behandlung, Gewaltausübung oder unvorschriftsmäßiger Rückführung, die ein Verstoß gegen die EU-Menschenrechtscharta darstellen. Alle Frontex-Beamte unterliegen den Verhaltensmaßregeln, die mit mehreren Partnern entwickelt wurden, darunter dem Grundrechtsausschuss. Allen gemeldeten Verstößen wird unverzüglich nachgegangen, wofür auch eine Website eingerichtet wurde. Sollte irgendjemand Beweise für solche Vorwürfe haben, was konkrete Vergehen von Frontex-Beamten angeht, bitten wir darum, dies uns mitzuteilen. Bisher liegen uns keinerlei solche Vorwürfe vor.“

Ende Januar kündigte Frontex an, den Einsatz in Ungarn auf Druck des Europäischen Gerichtshofs und des „Ungarischen Helsinki-Komitees“ zu beenden, da Ungarn illegalen Migranten nicht erlauben würde, Asyl zu beantragen.

Das Ungarische Helsinki Komitee erhielt 2017 mindestens 313.279 Euro, 2018 mindestens 283.642 Euro und 2019 mindestens 30.260 Euro EU-Finanzierung. Von den Open Society Foundations wurde das Ungarische Helsinki Komitee 2016 mit 610.000 US-Dollar, 2018 mit 50.000 US-Dollar und 2019 mit 850.000 US-Dollar finanziert.

Um zusammenzufassen: Die EU und die Bundesregierung finanzieren Open Society-NGOs, die Druck auf Frontex ausüben, und mit „GEZ-Komikern“ wie Böhmermann und Semsrott in ZDF und ARD die EU-Grenzschrützer beschuldigen, „auf Frauen und Kinder zu ballern“.

Böhmermann kündigte den nächsten „Open Society“-lancierten Frontex-Bericht für kommenden Dienstag im stramm linken ZDF-Propagandaformat „Frontal 21“ an. Nach dem letzten Fake-News-Bericht 2019 klagte Frontex erfolgreich gegen „Frag den Staat“ auf Erstattung der aufgrund ihrer haltlosen Anschuldigungen entstandenen 23.700,81 Euro Unkosten.

Wir werden die Frontex-Anwälte auf den Sendetermin hinweisen.